

Am 12. November 2008 hat der Bundestag der Novellierung des BKA Gesetzes trotz aller Proteste in der Öffentlichkeit zugestimmt.

Was bringt die Novellierung des BKA Gesetz?

Viele vom Bundesverfassungsgericht als grundgesetzwidrig und damit unzulässig definierten Maßnahmen werden erneut in ein Gesetz geschrieben. Hat man bisher vermutet, dass bei vielen Gesetzesvorhaben einfach „handwerkliche“ Fehler gemacht wurden und deshalb das Bundesverfassungsgericht den Gesetzgeber durch seine Urteile auf diese Irrtümer aufmerksam machen musste, so handelt es sich jetzt mindestens um Vorsatz.

Wir finden in dem Gesetzestext vielfältige Einschränkungen unsere Grundrechte:

- **Auskunfts- und Zeugnisverweigerungsrecht - Ade** für Familienangehörige und auch für Geistliche, Strafverteidiger und die Abgeordneten des Bundestages und der Landtage (§ 20c,u)
- **Rasterfahndung** wird zum allgemeinen Werkzeug bereits als bloße Vorfeldmaßnahme (§ 20j)
- Platzverweise, Zutrittsverbote und **Durchsuchungen** ohne konkreten Anlass (§ 20b)
- Wanzen-Mikrofone, **Videoüberwachungskameras** auch im privaten Bereich (§ 20h)
- **Online-Durchsuchung** auf dem privaten PC (§ 20h)
- kein "Grundrecht auf Vertraulichkeit informationstechnischer Systeme" (§ 20l)
- eingeschränkter Kernbereichsschutz, Richtervorbehalt wird durch "Richterähnlichen Beamten" ersetzt (§ 20k)
- BKA wird zum politischen Geheimdienst mit polizeilichem Handlungsspielraum

Trotz vieler Bedenken hat auch der Bundesrat nach einem überstürzten Vermittlungsverfahren kurz vor Weihnachten dem Gesetz zugestimmt. Dies alles geschah fast ohne irgendwelche öffentliche Diskussion.

Mit diesem BKA-Gesetz, das die in NRW gestoppte Online-Durchsuchung noch steigert wird die von den Alliierten aufgrund der Erfahrungen im Dritten Reich geforderte Trennung von Polizei und Geheimdiensten praktisch ausgehebelt.



Dazu wird der Einbruch in Wohnungen legalisiert um Kameras und Mikrofone anzubringen oder den „Bundestrojaner“ auf PCs zu installieren.

Das Gerede von der "Online-Durchsuchung" vernebelt, wie intensiv der Eingriff in die Privatsphäre wirklich ist. Hier ist nicht die klassische Technik der Durchsuchung gemeint, die offen und punktuell erfolgt. Gemeint ist vielmehr die heimliche und dauerhafte Überwachung des gesamten in Daten gefassten Lebens eines Computernutzers.

Auch in anderen Teilen des Gesetzes wird durch umgangssprachlich harmlos klingenden Worte, wie "zur Verhütung von Straftaten" die Strafverfolgung weiter in das Vorfeld verlegt. Schwerwiegende Grundrechtseingriffe sollen erlaubt werden,



weil die Annahme der „Möglichkeit einer zukünftigen Straftat“ nach „polizeilicher Erfahrung“ auf „Grund bestimmter Umstände“ erwartet wird. Das sind Formulierungen ohne jedes rechtsstaatlich fassbare Maß. und daher gerichtlich nicht mehr überprüfbar.

Auch die Abschaffung des Auskunfts- und Zeugnisverweigerungsrecht soweit die Auskunft zur Abwehr einer Gefahr für den Bestand oder die Sicherheit des Staates oder Leib, Leben oder Freiheit einer Person erforderlich ist, kann nicht mit dem Grundgesetz vereinbar sein. Dies ist einer der verfassungswidrigsten Bestimmungen, der jegliche bürgerlichen Schutzrechte abschafft. Wenn die Gefahr der Entstehung eines Polizeistaats existiert, dann zeigt sie sich hier und bei der Selbstermächtigung zum „richterbefähigten“ BKA-Beamten sehr deutlich.

Wegen dieser vielen erneuten offensichtlichen Verfassungsverstößen liegen bereits seit Jahren Klagen gegen das Gesetz beim Bundesverfassungsgericht vor, die auch 2012 noch nicht verhandelt worden sind.

Deshalb:

Im Zweifel für freien Meinungs austausch ohne Überwachung - Für die Bürgerrechte!

Weiterhin NEIN zum "Gesetz zur Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus durch das Bundeskriminalamt"!

*Wer in der Demokratie schläft,
wacht in der Diktatur auf.*

Was kann man sonst noch tun?

**Engagieren Sie sich für Ihre Bürgerrechte!
Schreiben Sie an die zuständigen Politiker!
Bürgerrechtsarbeit kostet Geld - Spenden Sie**

Wir arbeiten an diesen Themen:

Flucht & Migration

- Die Visa Warndatei
- Die europäische Fluggastdatenbank
- FRONTEX
- Europol-Novelle
- Schengen-Informationssystem II
- Die europäische Fluggastdatenbank (PNR)



Polizei, Geheimdienste & Militär

- Vorratsdatenspeicherung
- Video- und Lauschangriff auf Wohnungen
- Datenabgleich zwischen Polizei und Geheimdiensten (GTAZ)
- Das zentrale Bundesmelderegister BZR
- Rasterfahndung in zentralen Datenbanken
- Biometrische Daten in Ausweis und Pass
- Online Durchsuchung privater PCs

SchülerInnen-Themen

- Baby-Datei, Schüler-Datei
- Kein Militär an Schulen
- Zivilklauseln an die Unis
- Persönlichkeitsprofile, lebenslang abgestempelt

Verbraucher- und ArbeitnehmerInnen-Datenschutz

- Gläserner Bürger, Kundenkarten, Scoring
- Die elektronische Gesundheitskarte
- Für Datenschutz auch am Arbeitsplatz
- Personaldaten, Bewerberdaten, Krankendaten, Videoüberwachung
- Gegen den elektronischen Einkommensnachweis ELENA ... und Nachfolger
- Die bundeseinheitliche Steuernummer

Zensur & Informationsfreiheit

- Gegen Internetsperren und Zensur
- Für Netzneutralität & Informationsfreiheit
- Stopp ACTA ~ TAFTA ~ TTIP
- Open Source statt Kommerzialisierung

Verteidigen wir gemeinsam unser Grundgesetz, unser Recht auf informationelle Selbstbestimmung und die Menschenwürde!

Jede/r kann mitmachen und sich mit uns für seine Bürgerrechte einsetzen.

Die nächsten Termine unserer regelmäßigen Treffen im Berliner Antikriegs-Café COOP, Rochstr. 3, Nähe Alexanderplatz, werden auf unseren Webseiten unter dem Punkt **Aktivengruppen** angekündigt

Aktion Freiheit statt Angst e.V.

Rochstr. 3,
D-10178 Berlin

Mail: kontakt@aktion-fsa.de

Web: www.aktion-freiheitstattangst.org



Spendenkonto:

Aktion Freiheit statt Angst e.V.
Triodos Bank
IBAN: DE72 5003 1000 1060 9910 02
BIC: TRODDEF1

Der Verein ist ab 01.01.2011 nach §§ 52 1(2) Nr. 24 AO als gemeinnützig anerkannt, Spenden sind steuerlich absetzbar.



Aktion Freiheit statt Angst e.V.

Bündnis für Freiheitsrechte, gegen Massen-Überwachung und Sicherheitswahn

*Mitglied des
European Civil Liberties Network*

Aktion Freiheit statt Angst e.V. wendet sich gegen die zunehmende Überwachung der Menschen durch staatliche und private Stellen.

Nein zur Novelle des BKA Gesetz



Gegen Überwachung und Abbau unserer Freiheitsrechte